

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **06.11.2018**, im **Bürgerhaus**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 vom 25.04.2018**
- 4. Erlass einer 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018
Vorlage: 180/2018**
- 5. Sachstandsbericht zur Eröffnungsbilanz**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Frank Behrens
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsherr Thomas Ney
Beigeordneter Reinhard Oncken

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Verwaltungsfachwirtin Regina Weger
Verwaltungsfachangestellte Sandra Lö- als Schriftführerin
schen

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bruns, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 vom 25.04.2018**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Erlass einer 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018
Vorlage: 180/2018

Von der Verwaltung wurden die wesentlichen Änderungen im 1. Nachtragshaushaltsplan für 2018 anhand einer zu Beginn der Sitzung verteilten, korrigierten Vorlage erläutert. Auch die neue Nachtragshaushaltssatzung wurde verteilt.

Ergebnishaushalt:

Die ordentlichen Erträge bei der Gewerbesteuer (Reduzierung um 600.000,00 € auf 2.000.000,00 €) und bei den Schlüsselzuweisungen (Reduzierung um 253.000,00 € auf 2.977.000,00 €) müssen angepasst werden. Gleichzeitig wird ein nicht eingeplanter Ertrag in Höhe von 90.000,00 € (Integrationspauschale für Flüchtlinge) veranschlagt.

Bei den ordentlichen Aufwendungen muss u.a. der Ansatz für die Datenverarbeitung wegen der Umstellung auf die Cloud um 19.200,00 € erhöht werden. Mehraufwendungen müssen auch für die Bewirtschaftungskosten des Bürgerhauses und für Bestattungskosten im Rahmen des Nds. SOG veranschlagt werden. Außerdem müssen 18.000,00 € für externe Personaldienstleistungen beim Kindergarten Cäcilienroden veranschlagt werden.

Für die Klärschlammverwertung müssen aufgrund der Problematik mit der thermischen Verwertung Mehraufwendungen in Höhe von 100.000,00 € veranschlagt werden. Für die Straßenunterhaltung wird ein Mehrbedarf von 20.000,00 € veranschlagt. Auch im Bereich des Bauhofbudgets sind einige Mehraufwendungen zu berücksichtigen.

Dagegen können die Ansätze bei der Kreisumlage um 38.600,00 € und bei der Gewerbesteuerumlage um 91.000,00 € reduziert werden.

Finanzhaushalt:

Bei den Einzahlungen für Investitionstätigkeit wird der Investitionszuschuss für die Posener Straße ganz heraus genommen, da die Maßnahme nicht in 2018 durchgeführt wurde. Die Investitionszuschüsse für die Maßnahmen in der Paterei und im Gewerbegebiet verringern sich, da die Maßnahmen günstiger ausfallen.

Dies findet man entsprechend bei den Auszahlungen für Investitionstätigkeit wieder.

Demgegenüber werden Mehrkosten bei der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Neustadtgödens in Höhe von 80.000,00 € und bei dem Umbau des Gemeindehauses zur KiTa Neustadtgödens in Höhe von 113.000,00 € veranschlagt. Außerdem werden weitere Maßnahmen gemäß den Beschlüssen des Verwaltungsausschusses wie die Photovoltaikanlage auf dem Rathaus veranschlagt.

Durch diese Änderungen erhöht sich die Kreditaufnahme um 59.300,00 €.

Die SPD-Fraktion bemängelte die Kurzfristigkeit und die fehlerhaften Zahlen. Die Zahlen im Beschlussvorschlag stimmten nicht mit den Zahlen im Nachtrag überein.

Im Ausschuss war man sich darüber einig, dass dem Erlass der Nachtragshaushaltssatzung so nicht zugestimmt werden könnte, da die erneuerte, geänderte Version einen Beschluss am heutigen Tag unmöglich mache. Außerdem wünschte man sich mehr Erläuterungen zu den einzelnen Änderungen, die geänderte Version sollte diese Woche noch vorgelegt werden.

Auf die Frage eines Ausschussmitglieds, ob die Erhöhung der Aufwendungen für die Klärschlammverwertung auch zu einer Erhöhung der Abwassergebühren führen könnte, erläuterte die Verwaltung, dass man hier erst die Betriebsabrechnung der Kläranlage abwarten müsste und hierzu noch keine Aussage machen könnte.

Die Gruppe FDP/Grüne stellte den Antrag, den Beschluss über den Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018 auf die nächste Sitzung am 20.11.2018 zu verschieben.

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Sachstandsbericht zur Eröffnungsbilanz

Die Verwaltung berichtete über den aktuellen Sachstand zur Eröffnungsbilanz. Eine Liste mit den einzelnen Bilanzpositionen, aus der sich der aktuelle Stand ergibt, wurde als Tischvorlage verteilt.

Am Ende des ersten Quartals 2019 sollen alle noch offenen Positionen beim Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Friesland vorliegen.

In Arbeit sind u.a. gerade die Bilanzposition „Grund und Boden des Infrastrukturvermögens“, die Straßengrundstücke.

Nach der Genehmigung der 1. Eröffnungsbilanz müssen noch alle folgenden Jahresabschlüsse durchgeführt werden.

Auf die Frage eines Ausschussmitglieds erklärte die Verwaltung, dass momentan keine Vor-Ort-Unterstützung der KDO stattfindet, diese aber bei einigen Bilanzpositionen tatkräftig erfolgt ist. Auf jeden Fall wird die Unterstützung noch bei der Einbuchung der Anfangsbestände benötigt werden.

Die Verwaltung erläuterte noch einmal den Aufwand, der bei der Feststellung einiger Bilanzpositionen, wie z. B. den Gebäuden, notwendig ist.

6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Der Landkreis Friesland prüft, die Kosten für die Wirtschaftsförderung zukünftig selbst zu tragen.
- b) Die Verwaltung erklärte, dass die Zuschüsse im Rahmen der Wasserrettung (Finanzierung DLRG) im Landkreis Friesland die Gemeinde bei einer Aufschlüsselung nach der Einwohnerzahl ca. 1.900,00 € kosten würden.
- c) Die CDU-Fraktion fragte, ob schon höhere Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer eingegangen wären. Dies war der Verwaltung nicht bekannt.
- d) Die Gruppe FDP/Grüne fragte, ob es schon einen Terminplan für die Haushaltsplanung 2019 gäbe. Dies wurde verneint. Man sollte auch die Option eines Doppelhaushalts 2019/2020 bedenken.
- e) Die SPD-Fraktion forderte die Gewerbesteuertabellen 2014 - 2018 an.

Schluss der Sitzung: 17:50 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin